

Kleine Anfrage

der Fraktion der CDU/CSU

Analysen zum Einsatz von Ernährung und Landwirtschaft als Waffe im Krieg Russlands gegen die Ukraine

Ein wichtiges Ziel des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ist, so das Center for Strategic and International Studies (CSIS), eine wissenschaftliche Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Washington, die Zerstörung des landwirtschaftlichen Sektors der Ukraine (www.csis.org/analysis/food-silent-weapon-russias-gains-and-ukraines-losses). Das CSIS erklärt in seinem o. g. Bericht, dass die russische Kriegsstrategie darauf abziele, die ukrainischen Agrarexporte zu unterbinden und die Agrarwirtschaft durch Kriegseinwirkungen gezielt zu zerstören, um wichtige Einnahmequellen für die ukrainische Volkswirtschaft zu vernichten sowie globale Ernährungsunsicherheiten in Entwicklungs- und Schwellenländern zu schaffen, um dort den eigenen Einflussbereich anschließend auszubauen. Zu beobachten sei unter anderem, dass gezielt die landwirtschaftliche Infrastruktur in der Ukraine zerstört werde.

Die Ukraine ist nach Medienberichten mittlerweile das am meisten vermintete Land der Welt (www.washingtonpost.com/world/2023/07/22/ukraine-is-now-most-mined-country-it-will-take-decades-to-make-safe/). Schätzungen gehen davon aus, dass rund 30 Prozent des Gebiets der Ukraine unter intensiven Kampfhandlungen gelitten habe und dekontaminiert werden müsste (www.globsec.org/what-we-do/publications/walking-fire-demining-ukraine).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des CSIS, dass Russland in seinem Angriffskrieg gezielt die ukrainische Agrarinfrastruktur bekämpft und zerstört?
2. Liegen der Bundesregierung Daten und Informationen zu der von Russland zerstörten landwirtschaftlichen Infrastruktur in der Ukraine vor, und wenn ja, welche?
3. Unterstützt die Bundesregierung bilaterale Maßnahmen zur Minenräumung in der Ukraine oder das Programm der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WFP) zur Minenräumung in der Ukraine zur Wiederaufnahme landwirtschaftlicher Produktion, wenn ja, in welcher Form, und wenn nein, warum nicht (<https://de.wfp.org/pressemitteilungen/minenraeumung-der-ukraine-wfp-und-fao-unterstuetzen-baeuerinnen-bei>)?

4. Welche Unterstützungs- und Kooperationsprojekte des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) mit der Ukraine wurden oder werden weitergeführt beziehungsweise wurden aufgrund des russischen Angriffskriegs eingestellt oder ausgesetzt (www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/Flyer-Poster/flyer-ukraine-projekte.pdf?__blob=publicationFile&v=2)?
5. Welche aktuellen Unterstützungsmaßnahmen seitens der Bundesregierung gibt es, um die zerstörten landwirtschaftlichen Flächen in der Ukraine wieder nutzbar zu machen (bitte einzeln nach Maßnahmen beziehungsweise Programmen und finanzieller Unterstützung auflisten)?
6. Gibt es seitens der ukrainischen Regierung an die Bundesregierung oder nach Kenntnis der Bundesregierung an die Europäische Union (EU) konkrete Bitten um Unterstützung im Bereich des Wiederaufbaus der landwirtschaftlichen Infrastruktur beziehungsweise in anderen landwirtschaftlichen, ernährungspolitischen, tiermedizinischen oder ähnlichen Bereichen?
7. Liegen der Bundesregierung erste Zahlen oder Hinweise vor, ob die Erhöhung der europäischen Einfuhrzölle auf Getreide, Ölsamen und daraus gewonnene Erzeugnisse etc. aus Russland und aus Belarus (siehe www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/30/council-sets-higher-tariffs-on-russian-and-belarusian-grain-products/) dazu geführt haben, dass die russischen und belarussischen Exporte dieser Produkte in die EU weitestgehend zurückgedrängt wurden?
8. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung weitere Staaten, die analog zur EU die Einfuhrzölle auf russische und belarussische Agrarprodukte erhöht haben?
9. Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, wie die russische Getreideernte in diesem Jahr ausfallen wird und in welche wesentlichen Zielländer das Getreide exportiert werden soll?
10. Plant die Bundesregierung, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass Weizen aus der Ukraine künftig wieder ab einer bestimmten Menge mit Zöllen belegt wird, und wenn nein, warum nicht?

Berlin, den 6. August 2024

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion